

An den Bürgermeister der
Gemeinde Altenbeken
Bahnhofstraße 5a

33184 Altenbeken

B90/Die Grünen
Fraktion im Rat Altenbeken
Karin Wiemers
Cheruskerstraße 42
33184 Altenbeken
Tel.: 05255/986320

19.02.2010

Antrag zum Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt zum Haushalt 2010 folgenden Antrag:

Ausgleich Kindergeld-Erhöhung für Kinder von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Altenbeken stellt in ihrem Haushalt 2010 einen Betrag von € 10.000 als Ausgleich für die Kindergeld-Erhöhung für Kinder von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch bereit mit dem Ziel der Verbesserung der sozialen und kulturellen Teilnahme von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien.

Begründung:

Kinder direkt und unmittelbar zu unterstützen ist das Ziel der Kindergeldzahlungen. Im vergangenen Jahr ist das Kindergeld erhöht worden. Den Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch - dem Personenkreis mit dem höchsten Armutsrisiko - wird die Kindergelderhöhung nicht gewährt, weil sie als anrechenbares Einkommen bewertet wird.

Nun zeigte das Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 09. Februar 2010, dass die Hartz-IV-Leistungen willkürlich festgesetzt sind und Handlungsbedarf besteht. Dies betrifft in besonderem Maße die Regelsätze für Kinder und Jugendliche, die derzeit pauschal vom Erwachsenenregelsatz abgeleitet werden. Ausgaben für Tabak und Alkohol werden berücksichtigt, nicht aber Ausgaben für Bildung und Spielzeug.

Armut hat Auswirkungen auf Kinder. Sie haben weniger Chancen, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen und sind täglich Ausgrenzungen ausgesetzt. Laut dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008, haben Kinder aus einkommensschwachen Familien häufiger Übergewicht, zeigen häufiger sozial auffälliges Verhalten und nehmen seltener an aktiver Freizeitgestaltung, etwa an Sportangeboten teil. Die vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen vorgestellten Ergebnisse zur Jugendgewalt und Jugenddelinquenz im Landkreis Paderborn (Schülerbefragung) zeigen auf, dass Armut ein höheres Gewaltpotential bedingt.

Mehr als jedes sechste Kind in Deutschland lebt in Armut. Laut OECD-Studie ist Kinderarmut in Deutschland in den letzten Jahren weit stärker als in den meisten anderen Industrienationen gewachsen. Armut betrifft nicht nur die Bezieher/innen für ALG II, sondern auch zunehmend Familien, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen und „arm trotz Arbeit“ sind. In Folge der Wirtschaftskrise wird sich die Armutproblematik weiter verschärfen.

Armut wird vor Ort gelebt und sie grenzt aus. Auch wenn die Verantwortung bei der Bundesregierung liegt, sind wir kommunal in der Verpflichtung, dass auch Kinder aus einkommensschwachen Familien die gleichen Bildungschancen haben, dass sie an soziokulturellen Angeboten vor Ort wie z.B. im Rahmen von Vereinsmitgliedschaften und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche teilnehmen können. Denn diese gemeinschaftlichen Aktivitäten bieten ihnen Entfaltungsmöglichkeiten und helfen ihnen, Talente und Fähigkeiten zu entwickeln. Eine frühe Integration ist die beste Prävention gegen soziale Ausgrenzung und für Chancengleichheit.

Die Bundesregierung steht in der Pflicht, die Berechnung der Leistungen auf eine neue Grundlage zu stellen und eine Neuregelung bis Jahresende umzusetzen. Doch für Betroffene ist das eine lange Frist, die zu überbrücken ist. Deshalb muss die Gemeinde kurzfristig und lokal eine Antwort finden und stellt deshalb Haushaltsmittel in Höhe von € 10.000 zum Ausgleich der nicht gezahlten Kindergelderhöhung bereit. Diese Mittel werden sozialen Einrichtungen wie z.B. dem HOT zur Verfügung gestellt.